



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Schätzel, Walter: Die polnische Nationalitätenfrage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die polnische Nationalitätenfrage

Von Gerichtsassessor Dr. Walter Schägel, Berlin



Auch die auswärtige Politik folgt gewissen allgemeinen, wissenschaftlich erforschbaren Grundsätzen. Der Staat ist in seinen Entschlüssen so wenig frei wie der Einzelmensch; nationale, wirtschaftliche, geographische und strategische Rücksichten weisen ihm meist mehr oder weniger deutlich den Weg seiner auswärtigen Politik. An die erste Stelle gerückt ist durch den Weltkrieg und die Friedensschlüsse die ethnographische Frage. Nach der Idee der Ententestaaten sollte der europäische Frieden aufgebaut werden auf dem Nationalitätenprinzip. Bei der nationalen Zerrissenheit Mittel- und Osteuropas und der Bedeutung, die gerade hier die wirtschaftlichen Bande zwischen den einzelnen Ländern haben, kann an der Richtigkeit und Durchführbarkeit dieser Idee gezweifelt werden. Die in den Pariser Friedensschlüssen umgebildeten und neu geschaffenen Staaten sind sämtlich wirtschaftliche Krüppel, die zu einem wirtschaftlichen Eigenleben noch viel weniger befähigt sind als die größeren Staatsgebilde der Vorkriegszeit. Die Entwicklung geht seit langem auf eine Vergrößerung der zu klein gewordenen Wirtschaftseinheiten. Die Zollunionen in Italien, Deutschland, Kanada, Australien und Südafrika kennzeichnen zuletzt den Weg dieser Entwicklung. Die Zwerggebilde der Friedensschlüsse stellen demgegenüber jedenfalls einen Rückschritt dar. Und dies, ohne daß das so laut verkündete Ziel des streng nationalen Aufbaus Europas auch nur annähernd erreicht wäre. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die neue staatliche Einteilung Europas viel größere nationale Vergewaltigungen enthält als die alte. Für den Frieden Europas ergeben diese nationalen und wirtschaftlichen Mängel die denkbar schlechtesten Aussichten.

Zu einem Gefahrpunkt erster Ordnung droht der polnische Staat zu werden, der jedweder Geschlossenheit auf nationalem, wirtschaftlichem und geographischem Gebiet entbehrt. Bekanntlich sehen die Ententestaaten gerade in seiner Wiedererrichtung die Wiedergutmachung eines jahrhundertalten Unrechts. Dabei übersehen sie allerdings mit Absicht, daß das alte Polen nichts weniger als ein Nationalstaat, sondern ein reiner Territorialstaat war, in dem eine polnische Minderheit über eine fremdsprachige Mehrheit eine nicht nur in nationaler Beziehung ansehnliche Gewaltherrschaft ausübte. Im neuen Polen wird es anscheinend nicht viel anders werden. Die Statistik gibt uns davon folgendes Bild¹⁾:

Vom national-polnischen Standpunkt am günstigsten steht Kongreßpolen, da, wo von etwa 12 Millionen Einwohner etwas über 9 Millionen Polen sind. Immerhin finden sich auch hier Minderheiten von über 1 ½ Million Juden, ½ Million Deutsche, ½ Million Russen und Ukrainer, ¼ Million Litauer. Bekannt ist, daß die Juden in manchen Städten weit über die Hälfte der Be-

¹⁾ Die folgenden Zahlen habe ich in der Mehrzahl dem Werke von Stanislaw Thugutt, Polka i Polacy, Warschau 1915, entnommen. Sie haben sich, soweit ich sie an anderen Statistiken nachprüfen konnte, im großen und ganzen als zuverlässig erwiesen. Die Zahlen geben etwa den Stand von 1909/10 wieder.

völkerung ausmachen, während das flache Land im allgemeinen ziemlich rein polnische Bevölkerung zeigt. Warschau zählt bei etwa 1 Million Gesamtbevölkerung über 320 000 Juden und 80 000 sonstige Fremdsprachige. In der zweitgrößten polnischen Stadt Lodz, das nicht ganz 600 000 Einwohner zählt, bilden Deutsche und Juden die Mehrheit. Im ganzen liegen die Verhältnisse jedoch so, daß die Polen in allen Teilen des Landes, von dem Nordteil von Suwalki und den an den Bug grenzenden südöstlichen Landstrichen abgesehen, eine zwischen 60 und 80 v. H. schwankende Mehrheit bilden (im Gouvernement Kielce sogar 88 v. H.). Die Minderheiten schwanken danach zwischen $\frac{1}{3}$ und $\frac{1}{6}$ der Bevölkerung; insgesamt machen sie nicht ganz $\frac{1}{4}$ der Bevölkerung aus.

Wesentlich ungünstiger für die Polen liegen die Verhältnisse bereits in Galizien, das bei etwa 8 Millionen Gesamtbevölkerung nur $4\frac{1}{2}$ Millionen Polen, über 3 Millionen Ruthenen, fast 1 Million Juden und 100 000 Deutsche zählt. Wirklich polnisch ist hier nur Westgalizien bis zum San, wo über 90 v. H. der Bevölkerung dem polnischen Sprachstamm angehören. Der größere ostgalizische Teil weist unter seinen $5\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern jedoch nur etwa 2 Millionen Polen auf. Lemberg und einige andere Städte sind polnische Sprachinseln im ruthenischen Gebiet, wo das polnische Element überall in der Minderheit ist.

Schwerer lassen sich die Zahlen für die preußischen Teilgebiete feststellen. Wenn wir die Ergebnisse der Volkszählung von 1910 zugrunde legen, so ergibt sich für den abgetretenen Teil des Regierungsbezirks Posen ein Zahlenverhältnis von etwa 850 000 Polen zu 315 000 Deutschen, für den abgetretenen Teil von Bromberg 360 000 Polen zu 345 000 Deutschen, im Regierungsbezirk Marienwerder 360 000 Polen zu 395 000 Deutschen und in den Teilen des ehemaligen Regierungsbezirks Danzig 195 000 Polen zu 126 000 Deutschen, wenn wir zugunsten der Polen ihnen die Kassuben, welche sprachlich eigentlich den Wenden näher stehen, zurechnen. Von den abgetretenen Gebieten hatten fast rein deutschen Charakter namentlich die Städte Bromberg mit nur 18,9 v. H. polnischer Bevölkerung und Graudenz mit 15 v. H. Polen; auch die Landkreise beider Städte hatten über 60 v. H. deutsche Bevölkerung. Deutsche Mehrheiten hatten ferner namentlich noch die Städte Thorn und Kolmar. Von einer polnischen Mehrheit in Westpreußen konnte keine Rede sein, wie denn z. B. auch Wilson in seinem Werke vom Staat²⁾ anerkennt, daß sich Friedrich der Große bei den im übrigen von Wilson verurteilten polnischen Teilungen nur „bereits gänzlich germanisierte Gebiete“ angeeignet hat. Wie weit sich die Verhältnisse seitdem verschoben haben, ist zahlenmäßig nicht feststellbar. Zweifellos ist der deutsche Bevölkerungsbestandteil, namentlich in den Städten, durch die Abwanderung Deutscher und die Zuwanderung von Polen prozentual bedeutend schlechter gestellt worden; soweit er jedoch auf dem Lande bodenansässig ist, dürfte die Abwanderung sich in geringeren Grenzen gehalten haben. Selbst bei einem Abzug von etwa 200 000 Deutschen würde ihre Zahl in den preußischen Teilgebieten immer noch an 1 Million betragen.

²⁾ Wilson: Der Staat. Deutsche Übersetzung von Thomas, 1913, S. 222.

Noch ungünstiger wird das Ergebnis, wenn wir die weiteren Gebiete hinzurechnen, die der polnische Imperialismus zweifellos begehrt. Da sind zunächst die Abstimmungsgebiete. Westpreußen und Ostpreußen haben sich bereits für Deutschland entschieden. Diese beiden Abstimmungsgebiete können daher außer Betracht bleiben. Anders ist es in Oberschlesien. Da jedoch dort der Abstimmungstermin noch in weiter Ferne liegt, die Abstimmung selbst auch nicht allein von nationalen Gesichtspunkten beherrscht sein dürfte, so mag auch dieser mögliche Gebietszuwachs für Polen außer Betracht bleiben. Auf jeden Fall würde der Erwerb irgendwelchen deutschen Abstimmungsgebietes das Zahlenverhältnis von Polen zu Nichtpolen im polnischen Staat nur verschlechtern, da in jedem einzelnen Fall auf dem fraglichen Gebiet mindestens 40 v. H. deutsche Bevölkerung mit übernommen werden müßte. Dagegen wird Polen ziemlich sicher auf die Angliederung eines Teiles von Österreichisch-Schlesien rechnen können. In der Bezirkshauptmannschaft Teschen stehen 233 850 Polen nur 115 604 Tschechen und 76 916 Deutsche gegenüber.

Aktuell ist zur Zeit die Frage, welche Gebiete im Osten noch zum polnischen Staate gehören werden. Das von manchen polnischen Imperialisten verfolgte Ziel, die Grenze von 1772, was gleichbedeutend mit dem Erwerb von Litauen, ganz Weißrußland, Kurland, Livland, Wolhynien, Podolien, Podlesien und weiteren Teilen der Ukraine bis nach Kiew wäre, wird ja wohl sicher nicht erreicht werden. Es würde den polnischen Volksstamm in eine Minderheit von 35—40 v. H. gegenüber einer fremdsprachigen Mehrheit bringen und wird nach offiziellen Ententeerklärungen auch dort nicht gebilligt. Mit dem Erwerb gewisser Teile dieser Gebiete muß jedoch gerechnet werden. Wo die endgültige Grenze gezogen wird, wird wohl erst der Ausgang des augenblicklichen polnisch-russischen Krieges entscheiden. Daß Polen mit dem Erwerb solcher Gebiete rechnet, folgt z. B. aus dem polnischen Staatsangehörigkeitsgesetz vom 20. Januar 1920, das bereits von den ehemals russischen Gebieten außerhalb von Kongreßpolen spricht, die zum polnischen Staat kommen. In Betracht kommen zunächst Teile des Gouvernements Grodno. Daß es ganz an Polen fällt, erscheint unwahrscheinlich, da damit dem litauischen Staate ein großer Teil seines Gebietes und seiner Bevölkerung genommen wäre. Der Prozentsatz polnischer Bevölkerung beträgt für das ganze Gouvernement Grodno berechnet auch nur 16 v. H. von annähernd 2 Millionen Einwohnern, würde also dem polnischen Staate neben $\frac{1}{3}$ Million Polen auch $1\frac{2}{3}$ Million Nichtpolen bringen. In gewissen an Polen grenzenden Kreisen ist der Prozentsatz der Polen jedoch größer, und diese werden schon jetzt von den Polen als ihr Eigentum betrachtet. Entscheiden wird darüber der russische Sieger mit oder ohne Einverständnis der Entente. Es sind dies die Kreise von Bialystok, Bielsk und Sokolsk, wo das Zahlenverhältnis sich folgendermaßen gestaltet:

	Einwohner	davon Polen	v. H. Polen
Bialystok	251 100	101 947	40,6
Bielsk	205 500	73 363	35,7
Sokolsk	129 700	45 784	35,3
	586 300	221 094	

Die Polen haben also in keinem Kreise die Mehrheit, trotzdem werden sie ihnen von anderen Staaten kaum streitig gemacht werden, da sich die Minderheit aus Weißrussen, Litauern und Juden zusammensetzt und kein Volksstamm die absolute Mehrheit besitzt. Dagegen würden sie im Kreise von Grodno, wo von 243 700 Einwohnern 38 261 oder 15,7 v. H. Polen sind, auf den entschiedenen Widerstand der Litauer stoßen, die auf diese Stadt auf keinen Fall verzichten wollen. Ebenso steht es im Gouvernement Wilna, wo von 2 Millionen Einwohnern zwar 500 000 Polen sind, auf das der litauische Staat jedoch auf keinen Fall verzichten kann, ohne sich selbst aufzugeben. Auch weiter östlich finden sich noch Polen, so im Gouvernement Mohilew an 60 000 und im Gouvernement Witebsk über 150 000, jedoch ist der Prozentsatz so gering (2,7 und 8,6 v. H.), daß ernsthaftes Ansprüche auf diese Gebiete kaum in Frage kommen können.

Dagegen wird Polen solche voraussichtlich an seiner Südgrenze erheben und gegenüber der ohnmächtigen Ukraine wohl auch z. T. durchdrücken können. Es handelt sich hier zunächst um Wolhynien, das bei etwa 4 Millionen Einwohnern an 400 000 Polen zählt, weiter vielleicht noch um Podolien, wo von 3,8 Millionen Einwohnern noch etwa 330 000 polnisch sein sollen. Weiter östlich werden die Wünsche der Polen kaum gehen können. Das Gouvernement Kiew zählt zwar über 140 000 Polen, doch macht dies nur 3 v. H. der Bevölkerung aus.

Fügen wir diese Zahlen den oben festgestellten Ergebnissen hinzu, so ergibt sich in Prozenten:

Umfang Kongr.-Pol.,	Einwohner	Polen	Deutsche	Juden	Ukrainer u. Russen	Tschechen	Litauer	Polen
Gal., Dtsch.- Polen	24,—	15,62	1,9	2,6	3,6		0,3	65,08
mit Teschen	24,4	15,84	2,—	2,6	3,6	0,1	0,3	64,92
mit Bialystok, Bielsk, Sokolsk	25,—	16,06	2,—	2,7	3,7	0,1	0,5	64,24
mit Wolhynien	29,—	17,—	2,—	2,9	7,2	0,1	0,5	58,62
mit Grodno (Kreis)	29,25	17,—	2,—	2,9	7,2	0,1	0,6	58,12
mit Gouv. Grodno	30,5	17,1	2,—	3,1	7,3	0,1	1,4	56,07
mit Podolien	34,3	17,4	2,—	3,2	10,7	0,1	1,4	50,73
mit Oberschles.	36,1	18,6	2,6	3,2	10,7	0,1	1,4	51,52

Jeder Schritt weiter nach Osten muß die noch vorhandene polnische Mehrheit unfehlbar in eine Minderheit verwandeln. Auch im national günstigsten Falle wird der polnische Staat nicht $\frac{2}{3}$ Polen unter seiner Bevölkerung zählen. Nimmt man an, daß er etwa außer aus Kongreßpolen, Galizien und Deutschpolen aus Teschen, Bialystok, Bielsk und Sokolsk und Teilen von Wolhynien bestehen wird, so wird die polnische Bevölkerung nur rund 60 v. H. ausmachen und einer fremdsprachigen Minderheit von 40 v. H. gegenüberstehen. Je stärker der polnische Staat entsprechend dem Wunsche polnischer und franzo-

fischer Imperialisten in territorialer Beziehung wird, um so ungünstiger gestalten sich die nationalen Verhältnisse.

Ich weiß nicht, ob diese Zahlen und ihre Bedeutung den Staatsmännern der Entente wirklich voll zum Bewußtsein gekommen sind. Jedenfalls muß ein solcher Staat, auf dessen Gebiet jeder der Nachbarn — Deutschland, Litauen, Rußland, Ukraine — nach dem Kjellenschen Ausdruck eine „Hypothek“ zu haben glaubt, den größten außen- und innerpolitischen Schwierigkeiten entgegengehen.



Aus Geheimberichten an den Grafen Hertling

(1915—1917)

Von Franz von Stockhammern, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium
VIII.

Bern, den 2. Januar 1917

Ich habe Gelegenheit gehabt, mich über den Eindruck zu informieren, den man in neutralen diplomatischen Kreisen von der Note der Entente hat. Es scheint, daß das neutrale Ausland sich über die Vergeblichkeit des deutschen Schrittes keine besonderen Illusionen gemacht hatte, daß man aber über die Schroffheit des Tones der Note immerhin erstaunt ist. Man sieht mit begreiflicher Spannung der Antwort entgegen, die Wilson aus Paris erhalten werde. Es fehlt selbstverständlich an jedem Anhaltspunkt dafür, wie sie gehalten sein wird, doch wiegt die Befürchtung vor, daß sie, wenn auch in höflicher Form, eine Ablehnung darstellen wird.

Ich bin in diesem Zusammenhang der Auffassung begegnet, daß Deutschland mit Herrn v. Bethmann-Hollweg schwer zum Frieden gelangen wird, da seine Stellung durch die Ereignisse der Tage vom 23. Juli bis etwa 5. August 1914 eine zu schwierige und belastete sei. Die brüske Art, mit der die Note der Entente seine Äußerungen zur Verletzung der belgischen Neutralität und zur Bedeutung internationaler Verträge (chiffon de papier, Unterredung mit Goschen) festnagle, lasse es als unwahrscheinlich erscheinen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg bei einer neuen Aktion mehr Glück haben werde. Die Staatsmänner Englands, Rußlands, Italiens, Frankreichs und Österreich-Ungarns, die in den Tagen des Ausbruchs des Krieges im Amt gestanden, seien sämtlich inzwischen durch neue ersetzt worden, und die Beharrlichkeit, mit der der deutsche Kanzler, aller in seiner Person liegenden Hindernisse ungeachtet, der Welt den Frieden geben zu können glaube, sei bemerkenswert.

Bern, den 3. Januar 1917

(Telegramm.) Ich erfahre verlässlich: Nach dem ursprünglichen Entwurf Briands sollten in die Note der Entente außer Belgien auch das serbische, montenegrinische, polnische und rumänische Problem einbezogen werden. Da jedoch Rußland außerdem die Erwähnung von Konstantinopel, und Italien jene der